

20 Jahre „Bündnis gegen Rechts“ -

Grußwort des DGB-Stadtverbandes / Heinrich Betz

07. September 2019

Das eigentlich Selbstverständliche, das nämlich die Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund aktive Mitglieder im „Bündnis gegen Rechts“ sind, muss offensichtlich immer wieder erklärt werden (zumindest werde ich immer wieder gefragt, warum wir Gewerkschaften „DA“ mitmachen würden.) Dabei erklärt sich schon aus unserer Geschichte, dass der Antifaschismus einer der Grundpfeiler unseres Gewerkschaftsbundes ist:

Der Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen war - und ist heute noch – eng verbunden mit unserem Kampf gegen autoritäre Organisationen und Strukturen. Die Gewerkschafter waren bis 1918 der Verfolgung durch das autoritäre Kaiserreich und in den Betrieben vielfältigen Repressalien durch die Unternehmer ausgesetzt.

Es war eine Revolution erforderlich, die Novemberrevolution vor 100 Jahren, dass den arbeitenden Menschen die heute so selbstverständlich scheinenden Grundrechte auf freie gewerkschaftliche Betätigung, auf Streikrecht, Tarifverträge und auf das Recht der Mitbestimmung in den Betrieben zugestanden wurden.

Autoritäre und besonders rechtsradikale Parteien haben die Gewerkschaften auch danach mit allen Mitteln bekämpft.

Die Faschisten haben 1933 nicht nur die Arbeiterparteien zerschlagen, sondern auch die Gewerkschaften. Es war für ihre Machtabsicherung von grundlegender Bedeutung, die Gewerkschaften in den Betrieben kampfunfähig zu machen. Deshalb haben sie viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit brutalen Mitteln verfolgt, in die Konzentrationslager gesperrt, ermordet.

Ich erinnere, stellvertretend für die vielen politischen Opfer der Faschisten, an die elf Braunschweiger Männer, - Gewerkschafter, Betriebsräte bei der MIAG, Kommunisten, - die von den Nazis verhaftet, gefoltert und dann am 04. Juli 1933 in Rieseberg ermordet wurden.

Die Einheitsgewerkschaft ist unsere Lehre aus dieser Zeit der Verfolgung. Statt politischer Richtungsgewerkschaften, statt Spaltung in verschiedene Lager **eine gemeinsame** Organisation.

Der Antifaschismus ist unser Grundverständnis einer demokratischen Gesellschaft.

In den Gewerkschaften sind alle Beschäftigten willkommen, unabhängig ihrer politischen Positionierung. Mit einer Ausnahme:

Nazis sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Sie sind unsere Gegner. Sie sind auch, wenn man sich die Programme dieser Parteien, von der NPD bis zur AfD, ganz genau ansieht, Vertreter von Organisationen, die die sozialen und politischen Rechte der Beschäftigten beschneiden wollen.

Gerade die AfD, die sich als Vertreter der Interessen der sogenannten „kleinen Leute“ aufspielt, hat in Wirklichkeit ein asoziales Programm.

Sie sind Vertreter eines knallharten Marktradikalismus, Neoliberalismus pur. Wer wie sie die Renten- und Arbeitslosenversicherung privatisieren, die gesetzliche Unfallversicherung abschaffen, das Rentenalter weiter anheben und Steuern für Gutverdienende senken will, macht keine Politik für die Lohnabhängigen.

Zu übergeordneten zentralen Fragen der Beschäftigten beziehen sie überhaupt keine Stellung:

Tarifbindung? Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen? Betriebliche Mitbestimmung? Unternehmensmitbestimmung? Fehlanzeige

Ihre rechtsradikale sozialpolitische Ideologie zielt auf die Entsolidarisierung und Aufspaltung der Gesellschaft in Schützenswerte und Unerwünschte.

Die soziale Polarisierung der Gesellschaft gilt ihr nicht als eine Frage des „Oben“ und „Unten“, sondern als eine des „Innen“ und „Außen“ (Deutsche und Menschen nichtdeutscher Herkunft).

So spalten sie die Belegschaften und damit schwächen sie die Beschäftigten in den sozialen Auseinandersetzungen. Diese Partei hat den Beschäftigten, den RentnerInnen, den Arbeitslosen nichts, aber auch gar nichts zu bieten. Im Gegenteil: Wer eine Umverteilung von oben nach unten ablehnt kann soziale Benachteiligung nicht bekämpfen, sondern zementiert sie.

Deshalb sind rechtsradikale Organisationen, und dazu zählt auch die AfD, unsere Gegner. Hier zeigen wir immer klare Kante. Und uns ist klar:

Der Kampf gegen rechtsradikale, autoritäre Organisationen und für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft ist nur erfolgreich, wenn auch die sozialen Probleme in diesem Staat gelöst werden.

Arbeits- und Lohnbedingungen, die Menschen trotz Arbeit arm machen;
Hartz 4 und andere repressive Systeme, die Menschen entwürdigen und - statt ihnen zu helfen - sie in noch größere Not führen; Renten, die trotz lebenslanger Arbeit nicht zum Überleben reichen; ein „Zweiklassen-System“ in der Krankenversorgung; unzureichende Mittel für unsere Schulen;
die Klima-Krise - das sind einige wesentliche Themen, die dringend gelöst werden müssen.

Wir halten es in diesen Fragen mit Bertholt Brecht:

*„Reicher Mann und armer Mann stehen da und sehen sich an.
Sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“*

Es gibt nur diesen einen Lösungsweg für eine solidarische Gesellschaft: eine gerechte Verteilung des ja tatsächlich vorhandenen Reichtums, eine Teilhabe aller am „Guten Leben“.

Dafür stehen wir Gewerkschaften jeden Tag in den Betrieben.
Aber wir stehen noch für mehr: eine solidarische Belegschaft in den Betrieben heißt auch, jeden Kollegen, jede Kollegin mitzunehmen, gleich woher sie kommen, wie sie aussehen, wen sie lieben.

Deshalb auch unsere Kampagnen in den Betrieben „für Respekt und Toleranz, gegen Gewalt und Rassismus“, deshalb auch z.B. bei uns im Volkswagenwerk die jährliche Vergabe des „Sally-Perell-Preises“ an junge Menschen, die besondere Projekte für eine vielfältige Gemeinschaft durchführen.

Aus dies sind unsere täglichen Aufgaben als Gewerkschafter, und deshalb sind wir Teil des „Bündnisses gegen Rechts“, das heute nichts von seiner Bedeutung verloren hat.